OSNABRÜCK
DIE | FRIEDENSSTADT

Information gem. Art. 13, 14 ff. DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Bearbeitung von öffentlich-rechtlichen Namensänderungen

- Änderung des/der Vornamen(s)
- Änderung des Familiennamens

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Stadt Osnabrück
Die Oberbürgermeisterin
Postfach 44 60
49034 Osnabrück

3. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Stadt Osnabrück
Datenschutzbeauftragte
Natruper-Tor-Wall 5
49076 Osnabrück
datenschutz@osnabrueck.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden zu folgenden Zwecken verarbeitet:
Bearbeitung von öffentlich-rechtlichen Namensänderungsanträgen.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG) und den Nrn. 23 – 26 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndVwV) verarbeitet.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:
Mitarbeiter/Innen innerhalb der Namensänderungsbehörde, der Ausländerbehörde, andere Namensänderungsbehörden, andere Ausländerbehörden, Meldebehörden, Standesamt, andere Standesämter, Auslandsvertretungen, das Bundesamt für Justiz, Kraftfahrt-Bundesamt, Landeskriminalamt, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Polizeibehörden.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

- entfällt -

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten der jeweiligen Antragsteller werden zur Antragsbearbeitung und Dokumentation der Entscheidungsgründe zwingend benötigt. Später dienen diese als Nachweis für die getroffene Entscheidung. Daher ist eine Löschung der Daten hier derzeit nicht vorgesehen.

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.